

## Protokoll der Sitzung des Bundessprecherrates am 10. März 2011

### TOP 1

Der Bundessprecherrat diskutierte über den Programmentwurf der LINKEN und seine Änderungsvorschläge zum Politikfeld "Seniorenpolitik".

Diskussionsgrundlage bildete ein Vorschlag der offenen Arbeitsgruppe, der Landesarbeitsgemeinschaften Thüringen und Sachsen.

Die Endfassung der Änderungsvorschläge des Bundessprecherrates wurde der offenen Arbeitsgruppe übertragen. Der Entwurf für ihre Beratung am Mittwoch, dem 23.03. hat nunmehr folgenden Wortlaut:

Entwurf

**Vorschläge zum Programmentwurf der Programmkommission,**  
vorgestellt von Lothar Bisky und Oskar Lafontaine am 20.März 2010  
(Internet)

Der Bundessprecherrat der Seniorenarbeitsgemeinschaft sieht im o.g. Entwurf eine gute Diskussionsgrundlage. Hier unsere Vorschläge zum Politikfeld Seniorenpolitik:

Der Bundessprecherrat vertritt die Auffassung, dass linke Seniorenpolitik deutlicher über Rente und Pflege hinausgehen muss, dass sie eine der zentralen Querschnittsaufgaben der Partei ist. Das heißt u.a. auch, dass die meisten Ansprüche und Bedürfnisse der Menschen wie in jüngeren Lebensphasen auch im Alter ihre Bedeutung behalten. Darüber hinaus entstehen mit dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben neue, spezifische Ansprüche und Bedürfnisse, die für Seniorinnen und Senioren von existenzieller Bedeutung sind. Da es sich dabei nicht um eine Randgruppe sondern um nahezu 1/3 der Wählerinnen und Wähler handelt, Tendenz steigend, sollte sich unsere Partei dafür erkennbar engagieren. Das Eintreten für ein selbst bestimmtes Leben in Würde bis ins hohe Alter ist mit Reparaturen an der schwarz-gelben Seniorenpolitik nicht mehr glaubhaft zu vermitteln. Die Linke muss sich deshalb für eine andere Kultur des Alters und des Alterns stark machen. Deshalb sind wir der Meinung, dass in diesem Sinne bereits in der Präambel eine grundsätzliche Aussage erfolgen sollte.

Unser Vorschlag:

### Präambel

Abschnitt. DIE LINKE kämpft, 5. Unterpunkt:

An Stelle

**für eine armutsfeste gesetzliche Rente** für alle Erwerbstätigen, die paritätisch von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird, den Lebensstandard im Alter sichert und, anders als die private Vorsorge, nicht von den Launen der Finanzmärkte abhängig ist. Eine Gesellschaft, die Millionen alte Menschen zu einem Leben in Armut verdammt, ist unmenschlich.

Neuer Vorschlag:

**"für eine neue Kultur des Alters und des Alterns, in der Alter geachtet, seine Potenziale geschätzt, ein selbst bestimmtes Leben in Würde ermöglicht, der Lebensstandard gesichert und Altersarmut verhindert werden. Deshalb engagiert sich DIE LINKE für eine, gesetzliche, paritätisch finanzierte Rente, für eine solidarische Gesundheitsversorgung, hohe Qualität in der Altenpflege, altersgerechte**

**Wohnbedingungen, Sicherheit im Alter, für Rahmenbedingungen, die gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung in eigener Sache ermöglichen.**

Darüber hinaus unterbreiten wir folgende textliche Änderungsvorschläge:

Präambel:

Absatz: Grenzenloser Reichtum für die oberen Zehntausend:

An Stelle "...Zwei-Klassen-Medizin, alte Menschen in Armut oder ohne menschenwürdige Pflege."

**"...Zwei-Klassen-Medizin, immer neue Belastungen der Menschen im Alter, beschämende Qualitätsdefizite in der Altenpflege."**

Absatz: Unser Programm wird durch die Verknüpfung von drei Grundideen bestimmt:

Nach..."eines selbst bestimmten Lebens und Solidarität..." einfügen:

**"unabhängig von Alter, sozialer und ethnischer Herkunft"**

II. Krisen des Kapitalismus- Krisen der Zivilisation

Abschnitt: Krise des sozialen Zusammenhalts

An Stelle "...Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der Bevölkerung – darunter in zunehmendem Maß auch hoch qualifizierter Arbeitskräfte

**"...Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der Bevölkerung. Ausgrenzung der über 50 – Jährigen ist Altersdiskriminierung. Verantwortlich für die Bereitstellung ausreichender, altersgerechter Arbeitsplätze sind die Unternehmen."**

IV. : Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung

1. Wie wollen wir leben...

Abschnitt: Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat,

nach: "Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen muss gesetzlich verankert werden",  
anfügen:

**"Bedarfsgerechte Bereitstellung von barrierefreiem, altersgerechten Wohnraum insbesondere durch Wohnungsanpassung"**

Abschnitt: Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit

Absatz: DIE LINKE versteht sich als Partei...",

nach "...gesellschaftliches und politisches Engagement für Männer und Frauen miteinander vereinbar werden,

anfügen: **"... und der Generationszusammenhalt gestärkt wird."**

Grundsätzlich zur Altenpflege:

Ausgangspunkt für linke Altenpflegepolitik darf nicht weiterhin die Kassenlage sein sondern, was uns alte, pflegebedürftige Menschen wert sind, welche Bedarfe auf die Gesellschaft zu kommen und **davon** abgeleitet, welche Mittel wie aufzubringen sind, um eine menschenwürdige Pflege zu sicherzustellen.

## **TOP 2**

Diskussionsgrundlage bildeten mündliche Informationen über den Wahlkampf in Vorbereitung der Landtagswahlen am 20. März in Sachsen-Anhalt und der Bürgerschaftswahlen am 22. Mai in Bremen. Kritisch wertete Genosse Jörg Güthler den Stand und die Aktivitäten der Wahlvorbereitung in Bremen und warb um Unterstützung des Parteivorstandes bei der Klärung vorhandener Ungereimtheiten im Landesverband. Genn. Irene Müller, Mitglied des Parteivorstandes, versprach die kritischen Bemerkungen im Vorstand auszuwerten.

Unterstrichen wurde, dass es dem Selbstverständnis der Seniorenarbeitsgemeinschaft entspricht, die Seniorenpolitik der Vorstände zu unterstützen und weniger, den Vorständen zusätzlichen Aufwand zu machen, um die Arbeit der Seniorenarbeitsgemeinschaften zu organisieren. Das ändert nichts an der Position des Bundessprecherrates, dass angesichts des hohen und wachsenden Anteils der Seniorinnen und Senioren an der Gesamtbevölkerung, die Seniorenpolitik in der Partei eine Aufwertung braucht und dass es deshalb im Eigeninteresse jedes Landesvorstandes liegen müsste, die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaften zu unterstützen. Alle Landesarbeitsgemeinschaften, auch die, in deren Ländern 2011 keine Wahlen stattfinden, wurden aufgerufen, wie im Jahresarbeitsplan vereinbart, einen konkreten, eigen Beitrag zur Unterstützung der Landtags- und Kommunalwahlen zu leisten. Dietrich Waschan informierte über die Berliner Seniorenkonferenz zum Thema: "Die Wirksamkeit der Seniorenpolitik erweist sich in den Kommunen"

## **Top 3**

Karin Söllner informierte über das Ergebnis der Bemühungen der Landesarbeitsgemeinschaften zur Aktualisierung ihrer Mitgliederlisten. Die Seniorenarbeitsgemeinschaft kann damit per 31.12.2010 auf 886 Genossinnen und Genossen zählen. Der Nachweis der Mitgliederzahl aus der Landesarbeitsgemeinschaft Hamburg steht noch aus.

## **TOP 4 (Verschiedenes)**

Der 10. Deutsche Seniorentag wird vom 3. bis 5. Mai 2012 in Hamburg stattfinden. Die von der BAGSO alle drei Jahre organisierte Veranstaltung wird im Congress Center Hamburg (CCH) durchgeführt. Der Bundessprecherrat wirbt dafür, dass wiederum, wie in Leipzig, Bundestagsabgeordnete der LINKEN in den verschiedensten Gesprächskreisen und am Messestand der Seniorenarbeitsgemeinschaft als Diskussionspartner zur Verfügung stehen. Im Zusammenhang mit den Seniorentagen wird eine Sitzung des Bundessprecherrates in Hamburg durchgeführt. Gegen Ende des Jahres 2011 sollte eine Vorberatung mit dem Landesvorstand der LINKEN in Hamburg vereinbart werden. Die Organisation der Teilnahme am Seniorentag obliegt den Landesarbeitsgemeinschaften. Der Bundessprecherrat beschließt zur Vorbereitung des 10. Seniorentages eine eigene Konzeption.

Der 20. Jahrestag der Gründung der Seniorenarbeitsgemeinschaft wird, wie in der Konzeption vom 27. Januar beschlossen, am 22. September d.J in Form einer Fachtagung mit dem Arbeitsthema "Altersarmut an der Wurzel bekämpfen" mit anschließender Würdigung der

20-jährigen erfolgreichen Arbeit im Vietnamesischen Haus am Spittelmarkt in Berlin durchgeführt. Nach Klärung des Referenten wird eine Vorlage an den Parteivorstand eingebracht. Teilnehmer ca. 100 Genossinnen und Genossen. Vorgeschlagen wurde, dass der Bundessprecherrat oder der Parteivorstand die Landesvorstände in einem Brief bittet, die Fahrkosten der Geehrten zu übernehmen. Die Landessprecherräte sollten dafür die notwendigen Vorarbeiten leisten.

Aus organisatorischen Gründen wurde der Vorschlag, zum 20. Jahrestag die Geschichte der Seniorenarbeitsgemeinschaft in Form einer Broschüre vorzulegen, zurückgezogen. Die offene Arbeitsgruppe berät am 23. März über eine machbare Alternative.

Termine:

17.06. 2011 Diskussion über den 6. Altenbericht in Bonn, Teilnehmer Wilhelm Döll.

09.04. 2011, Beratung des Parteivorstand mit den Sprechern der Zusammenschlüsse der LINKEN.

F.d.R.

Helmut Schieferdecker